

Tote haben keine Lobby

Hunderte Morde sind im deutschen Süden seit Jahren ungeklärt, doch die Polizei kann sich nur im Nebenjob darum kümmern

Von Ruth van Doornik

MÜNCHEN/HEIDENHEIM - Missbraucht und mit dem eigenen Slip erdrosselt: Michaela Eisch wurde gerade mal acht Jahre alt. Noch immer erinnert in München ein Kreuz unweit des Tatorts an der Braunauer Eisenbahnbrücke an das vor mehr als drei Jahrzehnten getötete Mädchen. Der Mörder ist bis heute nicht gefasst worden. Auch der Fall Maria Bögerl gibt der Polizei weiter Rätsel auf. Die Bankiersgattin wurde im Mai 2010 im baden-württembergischen Heidenheim an der Brenz entführt. Ein Spaziergänger fand ihre Leiche einen Monat später in einem Waldstück. Wer die zweifache Mutter getötet hat, bleibt vielleicht für immer im Dunkeln.

Beide Fälle sind sogenannte Cold Cases. So nennt man schwerstverbrechen, die trotz intensiver Ermittlungen innerhalb eines Jahres nicht aufgeklärt werden konnten. Seit 2000 sind in Baden-Württemberg nach Angaben des Landeskriminalamts 60 Fälle des vollendeten Totschlags und Mordes ungeklärt. In Bayern wurden zwischen 1986 und 2017 laut Innenministerium 4459 Morde und Mordversuche gezählt. In 189 Fällen konnte der Täter bislang nicht überführt werden. Die wahren Zahlen könnten allerdings weitaus höher sein, denn Vermisste, die eventuell getötet worden sind, werden in der Statistik nicht berücksichtigt.

Da Mord nicht verjährt, ist es die Pflicht der Ermittlungsbehörden, diese Altfälle immer wieder auf neue Ermittlungsansätze zu prüfen. Nur: Für diesen aufwendigen Job braucht es Zeit und Personal. Doch beides fehlt im Polizeialtag der beiden Bundesländer.

„Wir geben zwar unser Bestes. Aber es reicht nur für die Pflicht, nicht für die Kür“

Markus Schlemmer, Chef der Kriminalpolizei Aschaffenburg

Während hier die Ermittler die Fälle im Nebenamt bearbeiten, haben Hamburg sowie Schleswig-Holstein bereits eigene Spezialeinheiten geschaffen, die sich ausschließlich um Altfälle kümmern. Hessen ist gerade dabei eine zentrale Cold-Case-Unit aufzubauen, und auch Nordrhein-Westfalen intensiviert seine Bemühungen auf diesem Gebiet.

Der Erdinger Kriminalhauptkommissar Robert Krieger betont, dass Cold Cases nicht im Aktenschrank verstauben. „Es sind schließlich keine Hühnerdiebstähle, sondern Morde. Doch die Leute dafür müssen wir uns aus den Rippen schnitzen“, sagt der Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter. Ähnlich sieht es im Nachbarland aus. „Die Situation in Bayern ist mit der Situation in Baden-Württemberg vergleichbar. Jedoch ist der Personalmangel hier

noch gravierender, und im bundesweiten Ländervergleich belegt Baden-Württemberg den letzten Platz in der Polizeidichte“, sagt Gundram Lottmann, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei. Eigene Einheiten für die Bearbeitung von Altfällen wären wünschenswert. „Es fehlen in Baden-Württemberg aber schlichtweg die Kapazitäten, um weitere Sonderaufgaben wahrnehmen zu können“.

Kein Handlungsbedarf

Die Landesregierungen sehen jedoch keinen akuten Handlungsbedarf. Die Aufklärungsquote bei Tötungsdelikten sei mit rund 95 Prozent konstant hoch und die Bearbeitung ungeklärter Morde habe bereits hohe Priorität, heißt es unisono aus München und Stuttgart.

Für die SPD im bayerischen Landtag ist das nicht hinnehmbar. „Dass ungeklärte Mordfälle immer wieder mal sporadisch durchforstet werden, wird den Nöten der Hinterbliebenen nicht gerecht und ist ein falscher Ansatz“, sagt der gerade aus dem Amt ausgeschiedene Fraktionschef Markus Rinderspacher und fordert, bei allen zehn Polizeipräsidien in Bayern Spezialeinheiten zu schaffen und diese mit neuem Personal auszustatten. Unterstützung bekommt der SPD-Politiker dafür nicht nur vom Opferhilfeverein Weißer Ring, sondern auch von führenden Ermittlern wie Markus Schlemmer, dem Chef der Kriminalpolizei im unterfränkischen Aschaffenburg.

Bundesweite Schlagzeilen

„Wir geben zwar unser Bestes. Aber es reicht nur für die Pflicht, nicht für die Kür“, sagt Schlemmer. Dabei konnte er mit seinem Team erst kürzlich einen jahrzehntelangen zurückliegenden Mordversuch aufklären. Die Verurteilung des Täters Ende Mai sorgte bundesweit für Schlagzeilen. Der heute 55-Jährige hatte im Januar 1988 stundenlang eine Frau vergewaltigt und danach auf sie eingestochen. Im Glauben, sie sei tot, verscharrte er die damals 22-Jährige im Wald. Doch Ursula S. schleppte sich nackt zu einer Straße und wurde gerettet. Es dauerte fast 30 Jahre, bis ihr Peiniger gefasst wurde. „Wir hatten eine DNA-



FOTO: SHUTTERSTOCK

Spur ans LKA geschickt, und es gab einen Treffer“, sagt Schlemmer. Ein Glücksfall.

Seither versucht er verstärkt, einen Fokus auf die Cold Cases zu legen. Zwar würden Datenbanken abgeglichen und immer geschaut, ob Spuren auf Beweismitteln mit modernster Kriminaltechnik doch noch zu einem Täter führen. Aber das rei-

che nicht aus. Zu viel hängt seiner Meinung vom einzelnen Ermittler, seinem Engagement, seiner Sicht auf den Fall, den er zum Teil über Jahrzehnte betreut, ab. „Gerade aber im Team können neue Ermittlungsansätze entwickelt werden – weil es unterschiedliche Denkweisen gibt“.

So arbeitet auch die Cold-Case-Unit in Hamburg, deren vier Mitglie-

der aus völlig unterschiedlichen Polizeibereichen kommen. „Der Vorteil dieser Ermittler ist, dass sie einen neuen, unvoreingenommenen Blick auf den Fall haben. Sie kümmern sich ausschließlich um diese Cold Cases, mit deren Bearbeitung sie vorher nicht betraut waren. Daher sind sie auch frei vom Druck anderer Verfahren“, sagt Frank-Martin Heise, Leiter des Hamburger Landeskriminalamts. So finden sich manchmal Anhaltspunkte, die Generationen von Beamten übersehen haben.

In Bayern fehlt die Qualitätssicherung

Diese Qualitätssicherung fehle in Bayern völlig, genauso wie das Personal, um einen Fall auch ohne konkrete Hinweise nochmal komplett aufzurollen. „Beziehungen verändern sich. Manchmal arbeitet die Zeit für uns. Ein Mitwisser, der damals geschwiegen hat und jahrelang Schuld mit sich rumträgt, sagt sich vielleicht: Wenn mich nochmal einer fragt, rede ich.“ Eigene Cold-Case-Einheiten könnten das leisten – ohne dass die Kollegen im Alltagsgeschäft am Limit arbeiten. „Sonst fehlt der Rückhalt vom Team“.

Vor allem aber wäre es das richtige Signal an die Angehörigen. Neulich hat sich die Mutter einer im Jahr 1976 ermordeten 16-Jährigen bei Markus Schlemmer unter Tränen bedankt. „Sie weiß, dass der Täter vielleicht nie gefunden wird, aber sie ist froh, dass wir uns überhaupt kümmern.“

Immer weitermachen

Psychische Traumatisierung bei Partnern, Eltern, Kindern: Welche Wirkung ein Verbrechen auf eine Familie hat, weiß Wolfgang Sielaff ganz genau. „Das Leben gerät in Sekundenbruchteilen aus den Fugen“, sagt der ehemalige Chef des Hamburger Landeskriminalamts. Seine Schwester wurde 28 Jahre lang vermisst. Die Polizei hatte die Ermittlungen 1993 eingestellt. Sielaff gab die Suche selbst im Ruhestand nicht auf, recherchierte mit einem eigens zusammengestellten Expertenteam weiter. Vor einem Jahr fand er in einer Kfz-Grube die einbetonierten Knochen seiner Schwester und klärte den Mord auf. „In Sekundenschnelle stellten sich zwei Empfindungen ein: Der Schock, weil nun zweifelsfrei klar war, dass meine Schwester einem Verbrechen zum Opfer gefallen war, und die Erleichterung, sie gefunden zu haben.“ Die Polizei hatte zuvor die Untersuchung der Garage abgelehnt.

Als Vorstandsmitglied der Weißer-Ring-Stiftung setzt er sich seither für die bundesweite Einrichtung eigenständiger Cold-Case-Einheiten und die bessere Einbindung der Angehörigen in die Ermittlungen ein. „Oft wird nur an das unmittelbare Opfer gedacht. Aber die Angehörigen, die Freunde leiden lebenslang unter der Tat, der Ungewissheit, den offenen Fragen.“ Sie bräuchten eine Lobby.

„Wenn die Hinterbliebenen dazu das Gefühl haben, die Polizei kümmert sich nicht bestmöglich um die Strafverfolgung, verzweifeln sie noch mehr und verlieren letztlich auch den Glauben in den Staat und seine Institutionen.“ Den Opfern könne man doch nicht sagen: „Wir kümmern uns – wenn wir freie Kapazitäten haben.“ Zudem habe das Bundesverfassungsgericht bei Kapitaldelikten auch nahen Angehörigen „einen Anspruch auf effektive Strafverfolgung“ zugestanden.

„Das Leben gerät in Sekundenbruchteilen aus den Fugen“

Wolfgang Sielaff, ehemaliger Chef des Landeskriminalamts Hamburg

Das Landeskriminalamt in Stuttgart will sich künftig stärker in die Bearbeitung ungeklärter Kapitaldelikte einbringen. „Gemeinsam mit den regionalen Polizeipräsidien werden wir ungeklärte Ermittlungsverfahren systematisch prüfen und hierzu hauptamtliche Ermittler einsetzen“, sagt Sprecher Ulrich Heffner. Konkrete Pläne dafür oder einen Zeitplan gibt es aber nicht.

Ähnlich vage Aussagen kommen aus dem Freistaat. Dort hat eine Arbeitsgruppe der Bayerischen Polizei die Einrichtung einer zentralen Dienststelle zur Beratung von Sonderkommissionen empfohlen. Laut Innenministerium oblag ihr auch – flankierend zur Bearbeitung von Altfällen durch die örtlich zuständigen Präsidien der Polizei – die Begleitung von Schulungen oder die Fortentwicklung von Methoden zur Fallpriorisierung im Bereich der Cold Cases. Die Umsetzung der Vorschläge wird derzeit geprüft.

Die Last auf allen Schultern verteilen

Kripo-Chef Schlemmer will so lange nicht warten. Er ist gerade dabei, eine eigene Ermittlergruppe in Aschaffenburg zusammenzustellen. Alle 14 Tage sollen sich dann Kriminalbeamte aus allen Bereichen zusammensetzen und die Altfälle mit neuen Ideen angehen. „Hier schnüren wir Arbeitspakete, die von den einzelnen Kommissariaten ausgeführt werden.“ So werde die Last auf allen Schultern verteilt und die ganze Dienststelle könne sich mit dem Fall identifizieren. „Es sei ein Versuch. „Aber ich sehe keine andere Möglichkeit.“

Im Bodensee gibt es immer weniger Fische – auch, weil er so sauber ist

Sind Aquakulturen die Lösung? Oder muss der See jetzt wieder schmutziger werden? Die Meinungen gehen auseinander

Von Peer Meinert

MEERSBURG (lsw) - Für Elke Dilger vom Verband badischer Berufsfischer am Bodensee ist der Fall klar. „Von der Fischerei kann bei uns niemand mehr leben“, klagt sie. „Jeder Fischer hat sich mittlerweile einen Nebenberuf suchen müssen.“ Gerade mal hundert werfen noch heute ihre Netze aus. Vor vier Jahren seien es noch 113 gewesen.

Auch die Fangraten sprechen eine klare Sprache. „Noch vor wenigen Jahren haben die Fischer durchschnittlich acht Tonnen Fisch im Jahr angelandet, und ein wirtschaftliches Auskommen war möglich“, sagt ein Sprecher des Stuttgarter Landwirtschaftsministeriums. „Heute fängt ein Fischer pro Jahr nur noch etwas mehr als drei Tonnen. Mit dieser Fangmenge ist langfristig keine Wirtschaftlichkeit gewährleistet.“ Dramatisch sei die Lage bei den Felchen, dem „Brotfisch“ des Sees: 2017 zogen die Berufsfischer am Oberrhein lediglich 195 Tonnen an Land. 2016

waren es 205. Als ein Hauptgrund gilt der Rückgang des Phosphatgehalts, auch die Erwärmung des Wassers spielt nach Meinung von Experten eine Rolle. Für die Felchen gebe es weitere Gefahren: Die Ausbreitung der Stichlinge, für sie direkte Nahrungskonkurrenten, sowie Kormorane, die tonnenweise Felchen aus dem See rauben.

Seit Jahren setzt sich der Fischerverband dafür ein, den Phosphatgehalt im See wieder zu erhöhen, von derzeit sechs Milligramm pro Kubikliter auf acht oder zehn Milligramm. So solle es mehr Nährstoffe geben, damit Algen besser wachsen könnten und Fische wieder mehr Nahrung hätten. Die Folgen: Die Verschmutzung des Sees könnte zuneh-

men. Doch mit ihren Vorstellungen läuft Verbandsfrau Dilger nach eigenen Worten bei den Verantwortlichen in den Stuttgarter Ministerien gegen die Wand.

Glaubt man Alexander Keßler von der Genossenschaft RegioBodenseeFisch gibt es eine andere Lösung. Das vermeintliche Patentrezept heißt Aquakultur: Ein Dutzend

Fangnetze, in denen Felchen heran-gezüchtet werden, sollen im Oberrhein installiert werden.

„Aquakulturen boomen in der ganzen Welt“, sagt Keßler. Viele Fischarten werden seit Jahren in riesigen Kulturen etwa vor Thailand gezüchtet, auch in Norwegen gebe es Erfolge. Warum also nicht auch am Bodensee? Nur so ließen sich die Bodenseefelchen retten. Und es könne verhindert werden, dass weiterhin tonnenweise „falsche, felchenähnliche“ Fische an den Bodensee transportiert und dort als Felchen angeboten würden, meint Keßler. „Unser Ziel ist es, mittelfristig bis zu 600 Tonnen Felchen pro Jahr aufzuzüchten.“ Seine Genossenschaft wolle eine Genehmigung beantragen.

Doch die Chancen auf Erfolg stehen nicht gut. Die Bodenseefischer winken bereits ab. Sie fürchten eine Verunreinigung durch Kot und Fischfutter. Und, sagt Dilger: „Wir Berufsfischer wollen auch weiterhin Wildfisch fangen. Die Blaufelchen sind unser Alleinstellungsmerkmal.“

Auch der Internationale Bodensee-Fischereiverband ist skeptisch. Es gebe viele Risiken wie die Gefahr von Krankheiten, meint Sprecherin Anita Koops.

Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) hat sich schon vor zwei Jahren positiv zum Thema Aquakulturen geäußert. Dagegen signalisiert das von den Grünen geführte Umweltministerium eher Ablehnung. „Wir sehen dies allgemein sehr kritisch“, meint Sprecher Frank Lohro. So viele Fische auf engem Raum würden zu Verunreinigungen führen, zumindest in der Nähe der Netze wären „voraussichtlich erhebliche Auswirkungen zu erwarten“. Immerhin liefere der See für Millionen Baden-Württemberger Trinkwasser.

Doch Keßler plädiert dafür, es wenigstens zu versuchen. Dazu sollten zunächst lediglich zwei Netze installiert werden – unter staatlicher Aufsicht. „Man sollte es doch auf alle Fälle ausprobieren“, appelliert Keßler. „Wenn es nicht funktioniert, brechen wir ab.“



5,1 Prozent Rückgang: Immer weniger Felchen werden aus dem Bodensee gefischt.

FOTO: DPA